## Beilage zu den "Nenesten Nachrichten" Nro. 315.

## r. München, ben 8. Nov.

Wenn je eine Ansprache an beutsche Bolkstammern durch Auffafsung und erschöpfender klarer Entwicklung und Darstellung des Stosses
von hobem Werthe und den wichtigsten Folgen in der Geschichte unserer Tage sein wird, so ist es die, welche der königliche baper. Staatsminister von der Pfordten in der 18. öffentlichen Sigung der Kammer der Abgeordneten bei den Berhandlungen über die deutsche Frage
hielt. — Diese Rede ist eine Denksäule des ächten Constitutionalismus,
des rein constitutionell-monarchischen Prinzips und der baperischen Politik, welche in Deutschlands Jukunst eine Stellung einnehmen wird,
wodurch sie allen Stürmen, im Bewustssein der Lauterseit ihrer Bestrebungen für das Heil, Glück und Frieden Gesammt-Deutschlands muthig tropen kann.

Die Worte dieser Rebe sollen nicht verrinnen im Strome ber Zeit,
— sie sollen Burzel fassen in der Brust eines jeden biedern Deutschen unserer Bölferstämme, denn sie werden lange ihre Gelung in Deutschlands Geschicken behalten, daher geben wir den vollen Inhalt dieser

## von ibrer Vorgängerin eine Edrickt von **A**beigungen gemacht, welche du geben leichter war, als ja durch in der ins ich glaube, ein bilstiges derheit wird jener Bervonung das zeitsgährtulft nicht verfagen,

Meine Herren! Die breitägige Debatte hat einen so reichen Stoff angesammelt, daß es kaum möglich sein wird, wenn ich den Schluß der selben abwarten wollte, auch nur auf das Wichtigste davon noch Rüchticke zu werfen.

Gestatten Sie mir, meine Herren, daß ich jest das Wort ergreife, mir vorbehaltend, nach Bedürsniß jum Schlusse der Debatte noch eins mal zu Ihnen zu sprechen.

Es kann jest nicht meine Absicht sein, einzugeben auf die verschies benen Ansichten, die wir über die Bergangenheit, Gegenwart und Zustunft Deutschlands haben entwickeln hören.

Nicht meine Aufgabe ist es, jest zu untersuchen, in wieserne die Befürchtungen, ja ich möchte beinahe sagen, die Berzweislung begrünstet ist, die aus einzelnen Reden herausgeklungen hat, oder wieserne wir Grund haben zu den Münschen, zu den Hoffnungen, die andere Redner vor unsern Blick führten.

Meine Aufgabe ift vielmehr eine rein praftische, ganz so wie fie ber geehrte Herr Borredner bezeichnet hat.

Er hat mit Recht gesagt, die Kammer habe hauptsächlich bas Berhalten des Ministeriums zu fritistren, und, wenn sie es für zweds mäßig erachte, ihm einen Wegweiser für die Zukunft mitzugeben.

Meine Aufgabe ift, ber Kritif, welche die Kammer über das Bershalten des Ministeriums zu üben im Begriffe ift, zu folgen, und dabei die Haltung der Regierung zu vertheidigen, und ich freue mich, dat diese meines Aufgabe, so wichtig sie ihrem Gegenstande nach, und eben des halb schwierig ist, nach einem andern Gesichtspunkte mir sehr leicht vorstommen kann.

Es find nämlich auch die von den Ansichten und dem Berhalten ber Regierung abweichenden Ueberzeugungen, es sind die Angriffe gegen das Ministerium und der Tadel über dasselbe in einer Weise ausgesproschen worden, daß es für jede politische Natur nicht eine Schwierigkeit, sondern eine Freude ist, darauf zu antworten.

Ich werbe mich bei meiner Untersuchung hauptfächlich auf bas Berhalten bes gegenwärtigen Ministeriums ber gegenwärtigen Berwaltung beschränken.

Ich will nicht barauf eingehen, ob die politische Stellung Bahernd zu Ansang des Jahres 1848 so großartig war, wie sie neulich angebeutet wurde, ich will ununtersucht lassen, ob eine Beränderung, die in der ersten Hälfte des März 1848 eingetreten ist, eine so nachtheilige Rückwirtung auf diese Stellung geübt habe; ich beschränke mich hier auf den einen Gedanken, "die Berwaltung Baherns, die nach dem 11. März 1848 bis zur Bildung des bisherigen Ministeriums bestanden hat, hat von ihrer Borgängerin eine Erbschaft von Berheißungen gemacht, welche zu geden leichter war, als sie durchzusühren", und ich glaube, ein bilsliges Urtheil wird jener Berwaltung das Zugeständniß nicht versagen, daß sie mit Mannestreue und mit deutschem Ernste bestrebt war, jene Berheißungen zu erfüllen. Es ist aber noch ein besonderer Grund, warum ich auf das Berhalten des früheren Ministeriums nicht weiter einzgehen zu müssen glaube; er liegt darin, daß alle entscheibenden Mosmente in der deutschen Frage eingetreten sind unter der gegenwärtigen Berwaltung.

Wir sind es uns wohl bewußt, daß die eigentliche Berantwortung dieser Frage auf uns ruht, und wir lehnen sie in keiner Weise ab; dem der erste entscheidende Moment trat da ein, als die bayerische Regiezung sich fragen mußte: "ob sie Reichsverfassung, die man in Franksturt a/M. beschlossen hatte, anerkennen wolle oder nicht", und als diesser Augenblick kam, war an der Spize der bayerischen Berwaltung das Ministerium, welches jest der Kritik der Kammer seine Handlungen unterbreitet hat.

Erlauben Sie mir, meine weiteren Erörterungen in zwei Haupttheile zu zerlegen, wovon ber eine bas Grundprinzip unserer Politik

> Univ. Bibl. München

behandeln foll, der andere die einzelnen Afte, die aus diefem Grundsprinzipe hervorgegangen find.

Ein Sprecher hat gesagt, ber Grundgebanke der bayerischen Politif sei gewesen: "Kein Deutschland ohne Desterreich", und er hat gesäußert, daß er dieses Prinzip nicht billigen könne, weil Desterreich ja boch nicht im Stande sei, dem Bundesstaate beizutreten, den Deutschland brauche, den es wolle.

Man kann nach der Anwendung des Grundgebankens unserer Politik wohl sagen, er laute so "kein Deutschland ohne Desterreich", aber dieß ist doch blos die augenblickliche Anwendung besselben.

Unfer Pringip heißt:

"Rein zerftudeltes Deutschland, fonbern ein ganges."

Luc bie geebeien Repuer

In diesem Sommer aber war die Rede davon, ob sich Deutschland von Desterreich losreißen solle, um nicht zu sagen, ob es Desterreich aus Deutschland hinausweisen wolle, weil man gegen diesen lettern Anstruck des Gedankens immer protestirt; deshalb haben wir gekampft, daß nicht Deutschland ohne Desterreich gebildet werde.

Ware dagegen die Rede davon gewesen, ober wurde demnächst die Rede davon sein, ein Deutschland zu bilden, ohne Preußen, so wurde die baperische Regierung mit derselben Entschiedenheit sagen:

"Wir wollen fein Deutschland ohne Preußen."

Es ift also jener Ausdruck nur die momentane Anwendung unfers Prinzipes gewesen, nicht aber unser Prinzip felbft.

Es ware ein sehr furzsichtiger Mann, — er brauchte fein Staats mann zu sein nur einen Blid auf die deutsche Karte zu werfen, — ber glauben wollte, es könne Deutschland gebildet werden, ohne Preußen.

Das eine ist eben so unmöglich als bas andere, und noch unmöglicher scheint mir, ein Deutschland zu bilden, ohne Desterreich und ohne Preußen.

Also wir wollen fein zerstückeltes Deutschland, sondern ein ganzes; und warum wollen wir dieß? Nicht blos aus Gründen des Gesühls, die unser alter Arndt in seinem unvergestichen Liede niedergelegt hat; denn wir wissen sehr wohl, daß man die Politik nicht mit dem Gesühle machen darf, sondern aus Gründen ruhiger, nüchterner leberlegung; wenn Sie wollen, aus Verstandesgründen allein, von denen ich wenigestens glaube, daß sie in der Politik das Entscheidende sind; denn nur die aus ruhig verstandener Erwägung der Verhältnisse geborene Politik fann eine Dauer haben, die Politik des Gesühles vergeht mit der Erregung, der sie ihre Entstehung verdankt.

Wenn wir aber eine folche ruhige Brüfung vornehmen wollen, so ift das Erste, was meiner Ueberzeugung nach in Betracht fommt, bas Gebiet, auf welchem die neue politische Gestaltung aufgeführt werden, auf welchem sie wirfen soll.

Um gleich ben Ausbruck Bundesstaat zu gebrauchen und mir eine etwaige Erörterung über seine Bedeutung vorbehaltend, sage ich also: Wenn ein solcher deutscher Bundesstaat gebildet werden soll, um die Freiheit nach Innen, die Kräftigung nach Außen herzustellen, ist die erste Rücksicht, welche der Staatsmann nehmen muß, wenn er nicht auf Sand bauen will, das Gebiet in's Auge zu fassen, auf welchem er diesen Bundesstaat aufführen will, und dieses Gebiet ist durch das Territorium und die Begrenzung desselben vorgezeichnet. Bon der Geographie muß die Politik ausgehen, sonst baut sie in die Luft.

Betrachten wir aber Deutschlands Territoriallage, so beweist uns eben diese, daß wir ohne Desterreich eben so wenig, als ohne Preußen einen frästigen, die Garantie der Dauer in sich tragenden Bundesstaat herstellen können. Alle die geehrten Redner, welche von dem Gedansten ausgegangen sind, nur in der Form des Bundesstaates könne Deutschsland seine Bedursnisse befriedigen, haben meines Erachtens versäumt, das Gebiet des Bundesstaates in's Auge zu fassen.

Es genügt nicht, eine Form zu mahlen, die Starte geben fann.

Man muß ben Boden haben, auf welchem sich diese Form der Stärke entwickeln kann, sonst ist die scheinbare Stärke die Quelle der Schwäche und des Unterganges.

Wenn man erst bas Gebiet seiner Macht auf einen unhaltbaren Umfang einschränken muß, um auf diesem ein fraftiges Gebäude aufzuführen, so hat man bas scheinbare fraftige Gebäude schon im Reime zerftort.

Mein Grundgedanke, meine Hauptfrage war mir daher: kann dies ses Deutschland ohne Desterreich in irgend einer Form staatlich auf die Dauer existiren? Und diese Frage glaubte ich verneinen zu mussen. Ich habe die Gründe hiefür aussührlich schon am 4. Juni an diesem Platze entwickelt und will Ihre Geduld nicht so sehr in Anspruch nehmen, diese heute zu wiederholen.

Sie find auch ziemlich einleuchtend, und es wird genügen, wenn ich an die Hauptmomente meiner bamaligen Darftellung erinnere.

Dieses Deutschland ohne Desterreich hat Grenzen, die es militärisch und politisch nicht vertheidigen kann, es hat eine Territorialbildung, die seinem Handel, seiner Industrie keine Zukunst verdürgt, es wird in einer Weise vom Auslande abgeschlossen, daß der Ausdehnung seiner zunehmenden Bevölkerung aller freier Raum abgeschnitten ist, und es wird endlich zwischen drei großen konzentrirten und ihm an Macht überslegenen Staaten eingekeilt, zwischen welchen es sich nicht behaupten kann, zwischen Rußland, Desterreich und Frankreich, die dann alle seine Feinde sein, nicht nur werden, sondern müssen. Hat dieser deutsche Bund ohne Desterreich eine Zukunst? Man wendet mir ein: "Du irrest, wenn du glaubst, diese drei Staaten müssen seine Feinde sein; Desterreich wird sein Freund sein, und wir bieten ihm zu diesem Zwede die Union. Ich weiß, meine Herren, was der Reichsminister v. Gasgern über diese Union mit Desterreich gesagt hat; ich weiß, was man

in Berlin über biese Union ausgeführt hat. Ich habe es ruhig erwogen, benn Sie können mir glauben, daß ein Mann, ehe er sich solchem Kampse aussetzt, wie ich seit 6 Monaten gekämpst habe, wohl überlegt, was er thut. Ich habe biese Unionsprojekte geprüft und es ist meine feste innigste lleberzeugung, daß sie bei benen, die sie ehrlich meinen, eine solche Gefühlspolitik sind, die keine Zukunft und keinen Halt hat.

Es sind sehr viele, die ehrlich und aufrichtig daran glauben, dies Deutschland und dieses Desterreich würden in brüderlicher Liebe sich umschlingen und so eine unendliche zentrale europäische Macht bilden, die die Zukunft beherrschen werde.

Ich glaube das nicht und weil ich lebendig vom Gegentheil überzeugt bin, darum habe ich den Standpunkt eingenommen, auf welchem ich stehe. Desterreich steht seit Jahrhunderten nicht blos in Deutschland, sondern an der Spise von Deutschland, so zwar, daß die politischen und militärischen Kräfte Deutschlands seinem Impulse gesolgt sind, daß es die Hegemonie in demselben bald in einem schwächeren, dald in einem stärkeren Grade gesührt hat. Seit etwa 1½ hundert Jahren ist ein Rievale gegen die österr. Hegemonie in Deutschland ausgetreten, der mit wechselndem Erfolge sie bekämpst, aber niemals vollständig den Sieg errungen hat. Die Bildung dieses deutschen Bundesstaates ohne Desterreich ist der Sieg dieses Rivalen. Sie ist die Riederlage Desterreichs, sie ist eine theilweise Bernichtung seines welthistorischen Standpunktes. Und nun frage ich Sie, ob ein Bolf von 35 Millionen, ob eine Regierung, die auf einer so geschichtlichen Basis steht, einen solchen Sieg eines ihr widerstrebenden Elementes, eine solche Riederlage ruhig nicht blos hinsnehmen, sondern mit einer hingebenden Freundschaft erwiedern könne?

Wer dieß glaubt, dessen Glaube kann Berge versetzen. Wer aber einen Beweis für die Beantwortung dieser Frage will: Desterreich hat geantwortet auf die Unionsvorschläge, nicht etwa in einer Zeit, wo es wie jest seine inneren Feinde überwunden hat, wo die stärste Armee, die im Augenblicke irgend einem zu Gebote steht, seinem Ruse solgt, — nein, in jener Zeit, wo selbst die Freunde Desterreichs an seiner Erhaltung zu zweiseln ansingen, wo es niederlag, wie seit lange nicht, wo das innerste Lebensmark Desterreichs gebrochen und für immer zernichstet schien — da hat Desterreich nicht einen Augenblick gezweiselt, wie es jene Unionsvorschläge zu beantworten habe, es hat sie stolz und entsschieden zurückgewiesen.

Damals waren die Staatsmänner Desterreichs sich wohl bewußt, daß es die Existenz des österreichischen Staates gelte, sie waren auch zu dem Kampfe um diese Existenz entschlossen, und wiesen daher jene Borschläge zurück, da sie nur die Schwächung und Riederlage Desterreichs unterzeichnet hätten.

Darum also sagen wir: fein Deutschland ohne Defterreich! Aber, entgegnet man, bann muffen wir auf ben beutschen Bundesstaat verzichten; benn Defterreich wird in diesen beutschen Bundesstaat niemals eintreten.

Ich habe wiederholt schon angedeutet und andere geehrte Sprecher haben es auch gethan, daß das Wort "Bundesstaat" etwas sehr Classisches ist. Ich schließe mich der Bezeichnung an, die der geehrte Hr. Borredner aufgestellt hat. Das wesentliche Merkmal einer fünstigen kräftigen Berfassung, welche die verschiedenen und selbstständigen Staasten umschlingen soll, ist das Prinzip der Majorität.

Die baper. Regierung hat sich biesem Prinzip nicht im Allgemeisnen widersetzt, nur unter den Vorschlägen, die wir in Berlin gemacht haben, ist allerdings auch der, daß die Abanderung des Berfasssungsentwurfes, wenn wir uns mit der preuß. Regierung geeinigt haben würden, an Stimmeneinhelligkeit gebunden sein solle. Wir hielten diese Vorsicht für nothwendig, weil das Stimmenverhältniß von vornherein zu ungleich war.

Wenn Sie den Bundesstaat gründen wollten auf dem Prinzip der Stimmenmajorität, so ihun Sie es nur so, daß nicht im Boraus die Majorität sest steht; denn dann ist es kein Bundesstaat gleichgestellter Staaten mehr, sondern der eine Staat ist jener im Boraus sessstellten Majorität unterworsen. Ziehen Sie Desterreich herein in dieses Gesbilde, so wird die bayer. Regierung auf dem Princip der Stimmenseinheit nicht bestehen; denn dann ist das Gleichgewicht hergestellt zwisschen den verschiedenen Elementen in unserm Bolksleben, die Niemand verkennen wird; dann wird weder der Süden über den Norden, noch der Norden über den Süden die entscheidende und sessstende Majorität haben, und dann wird man dieses Grundprincip der Majorität als wessentlich in der künstigen Fortbildung der Bundesversassung von bayer. Seite nicht bestreiten. Kann dann aber Desterreich einer solchen Umzgestaltung sich anschließen? Man hat das entschieden verneint.

Ich habe bis jest noch die Hoffnung, daß es sich anschließen kann und ich könnte hinweisen auf die neuesten Schritte, die die öfterreichische Regierung gethan hat, denn es wird wohl kaum ein Zweisel darüber sein, daß namentlich jenes wichtige Aftenstück der Wienerzeitung nicht auch im Zusammenhang mit der öftere. Regierung erschienen ist.

Ich glaube also, die neuesten Schritte, die Desterreich thut im Joll und Handelswesen, in Bezug auf Cisenbahnen und Telegraphen Berbindungen, um sich mit Deutschland in innigen Jusammenhang zu setzen, sie könnten und beweisen, daß die sortwährend gegebenen Berstcherungen Desterreichs, es wolle bei Deutschland bleiben, eine Wahrheit sind, und daß die österr. Regierung aufrichtig auf praktischem Wege darnach strebt, auf praktischem Wege sage ich, denn lassen Sie in materieller Beziehung die Bande zwischen Deutschland und Desterreich verschwunden sein, wie der Zollverein, an dessen Ausstellung Niemand denst, sich um Süd und Norddeutschland geschlungen hat, dann werden die politischen Schwierigkeiten außerordentlich sich vereinssachen. Ich will übrigens bei diesem Punkte nicht lange verweilen, es kann von mir nicht gesordert werden, daß ich die Insentionen der österr. Regierung darlege, und den Beweis darüber liesere, was beabssichtigt wird.

Ich wende mich vielmehr zu einem andern Gedanken, der meinem Zweite näher liegt. Selbst wenn das Resultat das wäre, daß uns Desterreich ausgebe, daß die österr Regierung erkläre, wir können wirklich nicht mit Deutschland in eine nähere Berbindung treten, wir haben zwar von seher dieses redlich angestrebt und gewollt, wir sind aber überzeugt, daß wir es nicht können, wäre dann ein Tadel auszusprechen über die bahr. Regierung, daß sie, so lange Desterreich nicht gesiegt hätte, auch so an die Möglichkeit dieser Erklärung nicht dachte, und die Wege offen hielt, die Desterreich und Deutschland zusammenführen sollten, wären wir dann wirklich zu tadeln, daß wir nach dem Bilde des sehr geehrten Redners während dieses Sommers gezaudert haben, abzuschliessen, und eine neutrale Stellung eingenommen haben?

Sch glaube nicht, wer, wie wir, von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß diese Lösung Deutschlands und Desterreichs der Markstein ist in Deutschlands Geschichte, daß er das Gediet des Einstusses im Germanenthume auf unheilbare Weise einzwängt, der wird wohl sich nicht entschließen können, zu einem solchen Neußersten vorzeitig zu schreisten, er wird es für seine Pflicht halten, die letzte Krast anzuspannen, daß es dahin nicht komme, und das hat die baper. Regierung gethan. In den Zeiten der Aufregung, der Leidenschaft, der Fiederhise, denn solche Zeiten waren die Monate April, Mai, Juni d 36; — das wird wohl Niemand bezweiseln, in jenen Zeiten bestand die Gesahr, daß sehr verschiedene Motive — (ich will sie nicht näher bezeichnen) — den Riß zwischen Deutschland und Desterreich vollenden und unheilbar machen wollten und dem hat sich die baher. Regierung entgegen gestellt.

Allerdings war sie allein und isolirt, aber ich schäme mich nicht es zu bekennen, ich bin stolz barauf, und mit Recht hat ein Redner gessagt, es wird das eine der schönsten Erinnerungen in dem Leben dieser Manner sein, daß sie es gethan haben.

Gönnen Sie mir dies Wort; ich bin fonst nicht geneigt, von mir zu sprechen, den vielen Angriffen gegenüber, denen ich im Norden und im Süden des Baterlandes ausgesett bin. Ich bin stolz darauf, die Rolle zu spielen, welche ein gütiges Geschick mir diesen Sommer angewiesen. Sie hat an meiner Kraft gezehrt; aber auch, wenn sie ste aufs gezehrt hätte, ich wurde darüber nicht unwillig seyn.

(Mehrere Stimmen: Bravo). Gönnen wir der Erhaltung unseres großen Baterlandes die furze Frist, welche die bayer. Regierung ihr zu gewähren bestrebt ist. Es sind Monate vergangen. Meine Herren! was sind Monate, was sind Jahre in dem Leben eines Volkes. Die Folgen des Nisses zwischen Deutschland und Desterreich werden unsere Enkel und Urenkel zu tragen haben. Wir waren verpflichtet, einige kurze Monate daran zu seben, damit dieser Riss wo möglich verhindert werde.

Ich trage nicht die feste lleberzeugung in mir, wenn ich dieß aussprechen wollte, so ware ich unwahr, ich trage nicht die feste lleberzeu-

gung in mir, daß unfer Streben gelingen werde. Möglich ift es, daß damonische Gewalten, die diese Angelegenheit in ihre Hande genommen haben, stärfer sind, als die Bemühungen der Patrioten, möglich ist es, daß eine höhere Hand die Grenzen unserer weltgeschichtlichen Existenz geszeichnet hat. Aber ich glaube es noch nicht.

Noch belebt mich die Hoffnung, daß Deutschland erhalten werden könne, und daß eben dieses Zusammenhalten des ganzen Vaterlandes noch eine neue Periode der Macht für unser Bolt begründen wird.

Wenn es aber gelingen foll, bann muß man allerbings barauf verzichten, alles mit gewissen Schlagworten abzuthun, bann muß man auch Muth haben im außersten Falle auf bas vielgeliebte Wort "Bunbestaat" zu verzichten.

Es giebt allerdings eine Partei in Deutschland, die in ganz gutem Glauben (ich verdächtige ihn keineswegs) eine Berkassungsform aufgestellt hat und nun herumreift, um für diese Form ein Baterland zu suchen.

Das ist ber verkehrte Weg; wir haben unser Baterland, wir brauschen das nicht zu suchen, lassen Sie und sesthalten und eine Form suchen, die für die zukünstige Machtentwickung und für das Glück des Baterlandes die geeignete ist! Ich will lieber den Bundesstaat aufgeben, als Deutschland zerreißen, denn Niemand wird behaupten können, daß gerade in der Form des Bundesstaates für die noch nicht einmal der Urtypus gesunden ist, Deutschlands Größe und Macht begründet werden, die materiellen Kräfte stehen über den formellen und wenn wir uns nicht entschließen können, diesen Standpunkt wieder einzunehmen, so werden wir unsere Eristenz der Form zum Opfer gebracht haben. Dieses ist es, was ich über den Grund unserer Politik und seine Mostive ausspreche.

Man hat uns bäusig vorgeworfen, das sei nicht so, wir geben das nur vor, das eigentliche Motiv unseres Handeln jei der Partikularis, mus, wir wollten nur Bapern als solches erhalen, und wo möglich isoliren, — ja man hat uns vorgeworfen, wir wollten Bapern zu einer europäischen Großmacht erheben. Meine Herren! Wir sind allerdings viel angeseindet und verleumdet, wir sind viel gehaßt, dessen sind wir uns wohl bewußt, das macht uns aber nicht irre, denn wie im Leben der Einzelnen, so im Leben der Staaten kann man an dem Hasse, den sie erfahren, ihre Bedeutung bemessen, und das, was sie gerade im Ausgenblicke gewirft oder verhindert haben.

Es ware eine sehr thörichte Politik, welche Bayern isoliren wollte, ein Land, das so mitten in Deutschland liegt, das eigentlich gar keine Grenzen hat, als das kurze Stücken von Frankreich, sonst ist Bayern von Deutschen umwohnt und es müßte (ich kann mich nicht andes ausstücken) ein sehr beschränkter Kopf sein, der auch nur einen Augenblick den Gedanken sassen wollte, dieses Land zu isoliren, und demselben eine rein europäische Stellung einzuräumen, — aber wir haben den Partiskularismus allerdings vertheidiget, und zwar in dem Sinne, den der

geehrte Borredner so richtig bezeichnete, daß ich mich ganz auf seine Aeußerung beruse. Diesen Partikularismus haben wir vertheidiget und werden ihn vertheidigen gegen seben anderen Partikularismus, — aber zeige man und erst das Deutschland, für das wir Opfer bringen sollen, und für das auch andere Opfer zu bringen bereit sind, und dann frage man und, ob wir Partikularisten sind oder nicht; so lange aber nichts anderes und entgegentritt, als ein anderer, wenn auch in sich vollkommen berechtigter Partikularismus, sehen wir mit demselben Rechte auch den unsrigen entgegen. Ich will damit nicht sagen, daß bei der zukünstigen Gestaltung Deutschlands die Opfer, welche zu bringen sind, für alle deutsche Staaten quantitativ gleich sein müssen, auch das wäre ein thörichter Gedanke.

Die Stellung Desterreiche zu bem fünftigen Deutschland wird unter allen Umständen eine andere sein, als irgend eines kleinsten Staates, ich verkenne nicht, eine andere wird die Stellung Preußens und Desterreichs immer sein, als die Baperns; wir sind nicht so thöricht, unsere Kraft zu überschäßen, wir unterschäßen sie auch nicht, das sind wir dem Lande, das sind wir unserem Bolke schuldig!

Wir verlangen nicht die quantitative Gleichstellung der Staaten, aber die qualitative, und ob wir die qualitative, gleichviel aus welchen Motiven, verlett sehen, halten wir es für unsere Pflicht, gegen Bayern und gegen Deutschland, das aus der richtigen Gliederung der Staaten hervorgehen soll, daß wir dem widersprechen.

Wir haben bei diesem partikularen Standpunkte vom Anfang an geglaubt, das baherische Bolk hinter uns zu haben, und wenn wir nicht ganz falsch beobachtet haben, hat uns diese Erwartung nicht getäuscht. Gestatten Sie mir nun zu dem zweiten Haupttheile meiner Erörterung überzugehen, nämlich zu den einzelnen Akten, die aus diesem unsern Grundprincipe hervorgegangen sind. Es sind deren hauptsächlich Dre i.

Wir haben die Beschlüsse der National-Versammlung, die Neichsversassung von Frankfurt nicht anerkannt, wir sind dem Dreikönigsbündnisse nicht beigetreten, wir haben das Interim vom 30. September vorbereitet, in seiner Entstehung unterstügt und daher auch, als es vollendet
war, anerkannt. Was die erste Thatsache anlangt, die Nichtanerkennung der Neichsverfassung, so hat die Discussion in sehr praktischer
Weise die rein theoretischen Fragen dei Seite gelassen; ich thue es daher auch; aber mehrere Nedner haben der Negierung hier gerade einen
Vorwurf gemacht, der, wenn er begründet wäre, der wichtigste von allen
sein würde. Man hat gesagt, es war ein großer Moment, und die
bayerische Regierung hat ihn unbenügt vorübergehen lassen; man hat
als diesen Moment senen Zeitpunkt bezeichnet, wo Desterreich und Preußen sich von der Franksurter Neichsverfassung abgewendet haben und
die Nationalversammlung den Beschluß saste, das der größte Staat
unter denseingen, welche die Franksurter Versassung anerkennen würden,
oder vielmehr dessen Fürst als Statthalter an die Spise gerusen werben solle.

Man hat angebeutet, Babern hatte biefen Moment ergreifen muffen, um feiner eigenen Große wegen, um fo mehr, als befondere Schritte geschehen feien, Bayern bagu einzulaben. Meine Berren! geftatten Gie mir Dieses Berhaltnis nach Form und Inhalt etwas zu untersuchen. Bas die Form anlangt, fo fennen Sie alle, meine Berren, Die Befchluffe der Rationalversammlung über Diefe Statthalterfchaft, ich will fie nicht wiederholen, was aber jene angedeuteten besondern Schritte betrifft, fo ift wohl bem geehrten Mitgliede biefer hoben Rammer, bas fie angedebeutet bat, noch viel beffer, als mir befannt, bag biefe besonderen Schritte nicht fo recht eigentlich auf bem conftitutionellen Wege einher= gingen und baß fie wenigstens von bem Scheine nicht frei maren, als wolle man fich an die fonft immer geschmahten bynaftischen Gefühle anklammern, um fie ju gemiffen 3meden ju benugen. Es wird bem fehr geehrten Mitgliebe noch mehr als mir befannt fein, wie rafch und entschieden jener Bersuch auf den constitutionellen Beg zurückgewiesen worden ift, und bag man ihn bort gleichsam nur pro forma wiederholt bat. Was ben Inhalt anbelangt, fo mochte ich Folgendes voraus= luttere frait zu überlädigen, wir unterschägen fie auch nicht, siedlich

Es gibt allerdings große politische Momente, und für die Resgierungen die Pflicht, solche Momente zu ergreisen und nach ihnen zu handeln.

Es gibt aber auch politische Gelegenheiten und für die Regierungen die Pflicht sich nicht zur Ausbeutung solcher Gelegenheiten verleizten zu lassen. Worin liegt der Unterschied zwischen beiden? Man erzgreift einen politischen Moment, wenn man in die Lage der Verhältnisse nach seinen Grundsätzen, nach Pflicht und Gewissen eingreift. Man spetulirt aber auf eine Gelegenheit, wenn man der Aussicht auf einen Vortheil die Grundsätze des Rechtes und der Ehre zum Opfer bringt.

Daß die bayerische Regierung nicht aufgefordert worden sein kann, bas Zweite zu thun, das ist klar.

Die geehrten Sprecher haben das erste im Sinne gehabt, es wird also nur darauf ankommen, zu untersuchen, ob ein solcher Moment gegeben war, und das baherische Ministerium glaubte das zweite annehemen zu können, darum hat es sich nicht von dieser Gelegenheit verleisten lassen.

Was hat man damals von Bayern verlangt? Es sollte dieselbe Reichsverfassung, die es acht Tage vorher in aussührlicher motivirter Darslegung, als im Widerspruche mit den Interessen Deutschlands und Bayerns bezeichnet und abgelehnt hatte — acht Tage später anerkennen, weil nun nicht mehr Preußens sondern Bayerns König an die Spize gestusen wurde.

Als die bayerische Regierung gegen jene preußische Hegemonie kampste, die in dem Berfassungsentwurf von Franksurt lag, gegen den preußischen Erbkaiser, that sie es wahrlich nicht, weil das Haus Witztelsbach dem Hause Hohenzollern gegenüber ein besonderes Interesse gelztend machen sollte.

Wer die Erklärung ber baper. Regierung, die damals erlaffen wurde, liest, wird finden, daß die Stellung dieser erhabenen Dynastieen mit keinem Worte erwähnt wurde.

Die baperische Regierung that es, weil jene preußische Hegemonie, sowie eine sachsische, baperische, hannöver'sche zc. zc. Deutschland und Desterreich gerriffen Thatte, und weil sie biesen Riß nicht zulassen wollte.

Derfelbe Nachtheil ware bagewesen, wenn Baperns König an bie Spipe dieses so zerriffenen Deutschlands getreten ware, und sein beutsiches Gefühl hatte ihm bas verbieten muffen, selbst wenn er die Aussicht gehabt hatte auf Erfolg.

Es ware eine Berläugnung der Grundsase der Dynastie und der Regierung gewesen, wenn man nach acht Tagen das hätte annehmen wollen, um eines besondern Bortheils willen, was man acht Tage vorsher im allgemeinen Interesse abgelehnt hatte.

Die baherische Regierung hat der Frankfurter Verfassung sich aber auch aus andern Gründen widersett, weil sie in dieser Verfassung eine so wunderbare Mischung demokratischer, monarchischer und zum Theil revolutionärer Grundsätze erkannt, weil sie überzeugt war, auf eine solche Versassung könne das Glück des Volkes nicht begründet werden.

Mit biefer Neberzeugung mare es ein Berrath am beutschen Bolke gewesen ben Bersuch zu machen, fie ins Leben einzuführen.

Wenn aber biefe Erwägungen nicht burchdringen follten, wenn man in der Politif (benn viele glauben diefes) durchaus den Bortheil über die Grundfäge segen will, welcher Bortheil ware dann da für Bayern oder Deutschland zu errrichen gewesen mit Aussicht auf Erfolg?

Bayern hatte Defterreich und Preußen gegenübertreten, die Durch-führung der von ihnen verworfenen Verfaffung übernehmen muffen. Wer wurde fich angeschlossen haben?

Die 28 Regierungen, die vorher die Frankfurter Verfaffung anges nommen haben?

Welche Energie in der Vertheidigung dieser Verfaffung daraus er= wachsen sein wurde, bas ift leicht zu durchschauen.

Würde bann Hannover und Sachsen sich Babern angeschlossen haben, bei Durchführung dieser Reichs-Verfassung, welche ebenso bestimmt als die Bayerische Regierung der Franksuter-Verfassung ihren Widerspruch entgegengesett haben? Es würde sich vielleicht Würtemberg und Baden an die Bayerische Regierung angeschlossen haben, und das ganze Resultat jenes großen Womentes wäre gewesen, eine Ausscheidung dies ser süddeutschen Staaten dem übrigen Deutschland gegenüber.

Und wem hatte fie fich zuwenden muffen?

Jenen Gewalten, die bald darauf in ber Pfalz und Baben ihr Reich entwickelten und ihre Bolfsbegludungsiheorie ins Wert gefet

und vor aller Welt ihre Unfähigkeit, einen Staat zu grunden, zu übers nehmen und zu regieren bofumentirt haben?

Das waren die Bundesgenoffen, auf welche Bayern hatte gahlen tonnen, wenn man jenen großen Moment benügt hatte.

Aus diesen Grunden hat die Baberische Regierung in jenem Aus genblick nur die Bersuchung zur Benüßung einer Gelegenheit erkannt, und fie zurückgewiesen.

Die Politik der Gelegenheiten, dieß beweist die Geschichte bis in die neueste Zeit, führt zunächst zu Verlegenheiten, dann zu Niederlagen und möglicher Weise zur moralischen Bernichtung, denn auch dieses gilt von Staaten, wie von Individuen, daß, wenn man alle Grundsäte des Rechts und seine bisherige Ueberzeugung dem Bortheile des Augenblicks ausopfert, man damit moralisch vernichtet wird.

So viel über ben erften Buntt, die Anerkennung ber Reichsvers faffung betreffend.

Was den zweiten Punkt anbelangt, den Beitritt zum Dreikonigsbundniß, so haben einige Redner beklagt, daß die Baperische Regierung
hiezu sich nicht entschlossen habe. Ich glaube aber, die Gründe, die
sie vorgebracht haben, sind bereits widerlegt durch meine Erörterung über
unsere Grundsäge. Wir haben in jenem Entwurse jene Zerreißung
Deutschlands und jenes Uebergewicht der norddeutschen Majorität über
Süddeutschland erkannt — also eine ungerechte Bevorzugung Eines Parsifularismus den übrigen berechtigten Partikularverhältnissen gegenüber.
Wir haben uns bemüht, Borschläge zur Ausgleichung der Uebelstände
zu machen, sie wurden nicht angenommen.

Es hat ein Redner gefagt, er sei überzeugt, die gewerblichen Insteressen, die Ansässigmachungsfrage, wurde von Seite Preußens im Sinne Baperns entschieden worden sein. 3ch fann nur sagen, daß man mir gerade diesen Punkt als einen entschieden festzuhaltenden bezeichnete.

Das preußische Ministerium hielt es für Pflicht gegen fein Land, bieran feftzuhalten.

Aber auch in den andern Beziehungen bitte ich zu beachten, was zu hoffen gewesen ware von der Revision auf die man hindeutet.

Der Entwurf sollte als der gemeinschaftliche der Regierungen an den Reichstag gebracht werden und, wenn er angenommen würde, sollte keine Regierung davon abweichen können. Unsere Abanderungsvorsschläge wollte man nur als Instruktion der Regierungskommissäre bestrachten, so daß diese in der Diskussion nur als Ansicht geltend zu maschen wäre. — Wenn aber die Majorität des Reichstages auf diese Aussührung nicht eingegangen wäre, sondern sich an den ursprünglischen Entwurf gehalten hätte, wären alle Regierungen daran gebunden gewesen.

Run frage ich Sie, ift es mahrscheinlich, daß auf biefem Reiches

tage, wie er gebildet werden follte, die Borfchlage Baperns Berücksichtisgung gefunden hatten?

Das Franksurter Parlament war ganz anders zusammengesett; ba faßen österreichische Abgeordnete, da war das Uebergewicht des Nordens nicht so groß und wir haben doch gesehen, was die ruhigsten, bescheidensten Borstellungen nicht bloß der Baherischen Regierung, sondern aller Baherischen Deputirten bewirft haben in einer Frage, die weder eine bynastische, noch eine partisularistische war, sondern gerade eine Lebendsrage des Baherischen Staates; es ist das die Frage des Malzausschlages.

Was hat es in Frankfurt genüht, daß man durch Zahlenrechnung nachgewiesen hat, daß der Bayerische Staat es nicht ertragen könne, wenn man diese Beschlusse faßte, und boch sind sie gesaßt worden, und man hat mit einer gewissen Vornehmheit, wie sich ein gewisser sehr geehrter Hedner ausdrückte, gesagt: "das ist schlechter Bayes rischer Partifularismus."

Run bitte ich zu betrachten, baß in bem neu zu berufenben Reichstage eine weit überwiegenbe norbbeutsche Majorität sich gebildet haben wurde.

Er wurde zusammen gekommen sein unter der Weihe und ben Ausfpizien berselben zu Gotha versammelt gewesenen Partei, welche die Bekampfung des abscheulichen Bayerischen Partifularismus als ihre ganz besondere Aufgabe betrachtet.

Was wurden die wohlbegrundetsten Borfchlage Bayerns auf einem folden Reichstag für Aussicht auf Berudsichtigung gefunden haben?

Man hat ferner gesagt, es sei nicht richtig, daß diese Berliner Aufstellung ben Riß zwischen Deutschland und Desterreich in sich schließe.

Ich muß bekennen, entweder habe ich den geehrten Redner nicht verstanden, der das gesagt hat, oder er hat sich die Berliner Aufstellung nicht vergegenwärtigt.

Wie ist es möglich, daß Desterreichs Kaiser und Bolf unter bie erbliche Reichsvorstandschaft von Preußen sich fügen wird?

Kann Jemand von was immer für einer Partei dieses für möglich halten, oder umgekehrt, glauben Sie, daß wenn nun im Herbst, nachdem ein Reichstag diesen Berkassungs Entwurf sanktionirt hätte, Desterreich erklärt hätte: wir wollen beitreten, daß Preußens Regierung und Bolk erklärt haben würden: nun heben wir die Reichsvorstandschaft wieder auf, wir ordnen uns jest unter Desterreich?

Dieses ist ebenso unmöglich wie das Andere. Es kommt also auch hier in Erwägung, man musse in der Politik nicht die Gefühle, Wünsche und Hoffnungen, sondern die gegebenen Verhältnisse ins Auge fassen und nach dem Möglichen, Erreichbaren trachten.

Man hat bei der Bevorwortung der Berliner Berfaffungsaufftels

lung noch ganz besonders die Zollverhältnisse in's Auge gefaßt und von ven Gerüchten geredet, es wollte Bayern bei dem Widerstande gegen eine Aufstellung aus dem Zollverbande sich zurückziehen und ganz an Desterreich anschließen. Ich weiß auch, diese Dinge sind in den Zeitungen verbreitet worden, denn was wäre seit sechs Monaten nicht gegen Bayern geschrieben und gedruckt worden! Ich sollte aber meinen, wer und nicht geradezu sur verblendet, durch Leidenschaft namentlich verblendet hält, und ich glaube, so ost die Organe der Bayerischen Regierung die seit Gelegenheit gehabt haben, öffentlich sich über diese Frage auszusprechen, haben sie sich von Leidenschaften frei gehalten, wer, sage ich, und nicht sur verblendet hält, der kann und nicht den Gedanken zutrauen, daß wir wegen der seizigen Bersassungsstreitigkeiten am Zollverein rütteln wollten, an diesem ersten und seit vielen Jahren eingewurzelten Schritt zu einer großen deutschen Einheit. Nein, die bayerische Regierung wird dem Zollverein nicht künden, wenn man ihr auch die Bollziehung der Zollvereinsverträge noch so sehr erschwert. Sie weiß, welche Rechte der Zollvereinsverträge noch so sehr erschwert. Sie weiß, welche Rechte der Zollverein ihr gibt, und an diesen wird sie sestucht nicht zurückzutreten, wie ein unmuthiger Knade.

Die Besorgniffe also, die sich hieran geknüpft haben, sind völlig unbegründet. Ich mochte auch darauf ausmerksam machen, daß bie öfterreichische Regierung feineswegs beabsichtigt, einen Separat-Bollvers ein mit Bayern ju fchließen, und fo Deutschland ju gerreißen. 3ch weiß Richts von einem folchen Separatvertrag, obwohl fcon bie Betstungen vor 4 bis 5 Monaten bavon sprachen, als hatten fie ihn gelefen. 3ch weiß nur, daß in neuester Zeit das Drgan, das man für ein offizielles in Wien zu halten guten Grund hat, eine Bollvereinis gung Defterreiche mit gang Deutschland in Aussicht gestellt hat, wahrlich ein Gedanke, deffen Tragweite jeder zu ermeffen im Stande fenn wird, ber fich mit tommerziellen Berhaltniffen beschäftigt und daß er nicht als Phantafie ausgesprochen ift, das beweist dieser Auffat selbst, weil er ben Weg zur praftischen Berwirflichung zeigt. Ich bege auch hier nicht die Meinung, daß die großen Schwierigkeiten ploglich geho= ben werden konnen. Ich glaube aber, daß Grund zu Besorgniffen auf biefem Gebiete am allerwenigsten vorhanden ift. 3ch glaube, feine beutsche Regierung wird die Berantwortung auf fich nehmen, ben jest bestehenden Zollverein zu zerreißen, und ich glaube, jede Regierung wird freudig die Hand dazu bieten, so weit möglich das Gebiet des Zollvereins auszudehnen. Es bleibt nun die britte Thatfache übrig, in der man unfer Grundprincip prufen fann, das Interim. hier fann ich furg fepn, benn alle geehrten Sprecher haben hierin ben Taft bewiesen, aus welchem hervorgeht, daß wir uns in Mitte einer politischen Berfammlung befinden. Glemale and inter naus

Es würde daher von mir doppelt unrecht sein, auf eine Frage einzugehen, die die Kammer in weiser Würdigung der Verhältnisse bei Seite gelassen, die Negierung in dieser Hinsicht für eine rechtliche Ueberzeugung hat, liegt ohnedieß in ihren Handlungen am Tage.

Nur auf Eines mache ich aufmertfam, ich habe neulich schon an=

gebeutet, Diefes Interim ift nicht ohne uns und hinter unserm Ruden zu Stande gefommen.

Es können alle ruhig sein, die glauben, die beiben Großmächte hätten sich hier gleichsam gegen das übrige Deutschland verschworen und namentlich es habe sich Desterreich undankbar gegen Bapern gezeigt.

Bas das Lettere betrifft, so hat schon ein verehrter Redner barauf hingewiesen, daß man in der Politik den gewöhnlichen Begriff der Dank-barkeit-gar nicht anwenden fann.

Die bayerische Regierung hat nicht gehandelt, um Dank von Desterreich zu erhalten, sondern aus Pflichtgefühl, nicht um irgend Jesmandens Gunst willen, denn so stark fühlt sie sich trop aller Wirren der Zeit, daß sie weder um Desterreichs noch um Preußens Gunst zu buhlen braucht, so wie umgekehrt diese beiden Regierungen auch nicht beanspruchen, daß wir ihre Gunst suchen.

Auf die Achtung Desterreichs und Preußens, wie aller anderen Staaten, darauf legt sie großen Werth, und ich glaube, wenn die Zeit der Leidenschaft vergangen sein wird, wird man ihr diese Achtung nicht versagen.

Was sodann die Furcht anlangt, beide Großmächte hätten die übrisgen Staaten gemeinschaftlich hintangesett, so ist dieses, wie gesagt, nicht richtig.

Es geht aus ben Aftenstüden hervor, daß man den Vertrag zu Wien am 30. September abgeschlossen hat, als man versichert sein zu können glaubte, nach vertraulichen Verhandlungen, daß er allgemeine Zustimmung sinden würde. Sie werden vielleicht entgegnen: "Um so schlimmer! — So ist dieses Werk, welches wir nicht loben können, und welches die Regierung nach der Art, wie sie ihre Zustimmung aussprach, selbst nicht loben zu können scheint, also durch die baherische Regierung selbst mit errichtet worden."

Ja meine Herren! ich lehne bie Berantwortung hiefür nicht ab, und glaube auch umgekehrt fagen zu können, Bayern hat sich ein Bersbienst erworben gerade dadurch, daß es hiezu mitgewirkt hat.

Man muß nur bei Beurtheilung dieser Frage die Leibenschaften weglassen und die sanguinische Hoffnung, man muß nur, wie ich sagte, das Erreichbare ins Auge fassen.

Wer einen Zweck will, muß auch die Mittel bazu wollen. Wir wollen den Zweck, die Zerreißung Deutschlands zu verhindern, Dester-reich und Bayern zusammen zu halten.

Das nächste Mittel hiezu war die Herstellung einer Centralgewalt, welche von Desterreich und Preußen anerkannt ist; benn so lange dieser Zwiespalt über diese Centralgewalt nicht gelöst war, war für Deutschskand fein Heil. Das ist unsere feste Ueberzeugung.

Run ware es ein Leichtes gewesen, bas Buftanbekommen bieses Bertrages zu hindern.

Bayern hatte nur barauf zu befteben gebraucht, bag es in biefelbe eintrete, bann ware fie entschieden nicht zu Stande gefommen.

Erlassen Sie mir die Grunde aufzuführen, worauf dieses unüberfteigliche Hinderniß sich grundet; wer die Lage Deutschlands ins Auge faßt, findet sie von selbst.

Wir fonnten bas Interim hindern, wenn wir wollten; im Bes wußtsein dieser Möglichkeit haben wir es nicht gethan.

Ges ift unser Berdienst! Hier kam es darauf an zu zeigen, ob wir solche Partifularisten sind oder nicht, ob wir solche Aufopserungsfähigsteit besitzen oder nicht, und ich glaube, die bayerische Regierung hat diese Probe bestanden.

Sie hat Opfer gebracht, diese viel getadelten partifularistischen Interessen bei Seite gesetzt, und hat auf 6 Monate ihre Stimme an die beiden Großmächte übertragen. Sie hat es gethan im Bewußtsein, daß darin Gesahr liege, aber auch in dem Vertrauen, daß die österzeichische und preußische Regierung nie vergessen werden, welchen wichztigen Beruf sie durch Bildung dieser Bundes-Commission übernommen haben.

Sie werden nie vergessen, daß das Deutschland, dessen Regierungen vertrauensvoll das Regiment über Deutschland auf 6 Monate in ihre Hande legten, daß dieses Deutschland vereinigt so ziemlich jeder von ihnen an Macht gleich sei, und daß eben das Bertrauen, mit welchem man entgegensommt, nicht misbraucht werden dars.

Ich zweisle keinen Augenblick, daß ein solcher Mißbrauch nicht wurde stattsinden können; ich sage aber noch mehr, daß, wenn er verssucht werden wollte, die übrigen Regierungen der übrigen deutschen Staaten so sehr in ihrem guten Rechte sind, daß sie schon dadurch stark genug waren, jedem Mißbrauch entgegenzutreten.

Bayern wurde mit demfelben Eifer, mit welchem es das Interim gefordert hat, jenem Mißbrauche entgegentreten und ich glaube, es wurde dann eine freudigere und energischere Unterftung in seinem Bolfe und beffen Vertretern finden, als jest, wo es ben Schritt der besonnenen res fignirenden Ueberlegung zu rechtfertigen hat.

Das ift es, meine Herren, was ich über die Hauptakte unserer Po-

Was wir gethan haben, liegt offen vor Ihnen, warum wir es gethan haben, ift theils in diesen Aftenstücken gesagt, theils habe ich ergänzende Worte hinzugefügt.

Un Ihnen ift es nun, ein Urtheil zu sprechen.

Ich bin weit entfernt, bemfelben Maaß und Ziel zu setzen, aber eine Bitte habe ich an Sie: fassen Sie dasselbe flar und deutlich.

Ich glaube darauf hat die Regierung ein Recht.

Man mag uns beurtheilen wie man will, babin wird man einversftanden fein, daß wir feit 6 Monaten unfere Farbe frei gezeigt haben.

Man hat nicht im Zweifel fein konnen, auf welche Seite die Bayr. Regierung sich stelle; ebenso gewiß ist es, daß wir eben deßhalb einen schweren Kampf zu kampfen hatten; angefeindet worden sind wir von Innen und Außen mehr, als seit langer Zeit irgend eine Regierung.

Wir haben diesem Kampfe entgegengesehen, ehe er angefangen, wir find ihm nicht gewichen, mahrend er geführt wurde.

Die Freudigkeit hat und nicht verlaffen, denn wir ftanden auf fefter, wohlbegrundeter Ueberzeugung.

Wir haben fein Recht, von Ihnen Billigung unseres Berhaltens zu fordern, aber bas Recht haben wir, bag Sie Ihre Billigung ober Mißbilligung flar und beutlich und offen aussprechen.

Bon biesem Standpunfte aus muß ich mir einige Bemerkungen ers lauben in Bezug auf die verschiedenen Antrage, die an die Kammer gebracht worden sind.

Sie haben ben Antrag bes Ausschuffes vor fich.

Ich habe bereits im Ausschusse erklärt, daß die Regierung in der Fassung des Urtheiles über ihr Berhalten, wie sie der Ausschuß Ihnen vorlegte, eine klare und deutliche Billigung bessen, was sie gethan hat, erkennt, und daß sie, wenn dieser Antrag zum Beschlusse der Kammer erhoben wird, sich dadurch neu gekrästigt fühlen wird zur Erfüllung ihrer Pflicht.

Es liegt Ihnen ferner ein Antrag vor von Seite bes Grn. Abgeord= neten Rirchgefner.

Wenn ich ihn recht ihm Gedächtniß habe, ist in ihm gar kein Urstheil über bas Berhalten ber Regierung enthalten, sondern nur ein Wegsweiser für die Zukunft.

5 3ch habe baher von meinem Standpunkte aus über biefen Antrag nichts weiter beizufügen.

3ch begreise ben Standpunkt, der sich jeder Kritik enthält, nur kann ich nicht wünschen, daß dieses der Standpunkt der Majorität bleibe, denn wenn die Regierung eines konstitutionellen Staates mit sicherem Schritt gehen, mit sester Hand handeln soll, so wird ihr dieses nicht blos schwiestig, sondern kaft unmöglich sein, wenn nach 3 oder 4 tägiger Discussion über so wichtige Fragen kein Urtheil über ihr Verhalten gefällt wird.

Go liegt Ihnen endlich ein Antrag mehrerer Herren Abgeordneten vor, zu beffen Empfehlung ber Hr. Redner vor mir gesprochen hat.

Rach der Rede, die ich darüber vernommen habe, nach der Erklarung, welche dem Antrage gegeben worden ist, glaube ich nicht zu irren, wenn ich annehme, die Absicht der Antragsteller sei auch die, wie die der Majorität des Ausschusses: das Berhalten der Regierung zu billigen und nur die Hoffnung, die Bunsche für die Zukunft, die Ueberzeugung über das, was geschehen foll, auszudrücken.

Was diesen zweiten Theil anlangt, so habe ich bagegen gar nichts

einzuwenden.

Die Prinzipien, auf welchen im Antrage der Herrn Paur und Weiß, die Nummern 2 und 3 gestüht sind, sind im Wesentlichen ja diesselben, zu denen sich die Regierung in ihren Astenstüden bekannt hat, und ich möchte nur eines noch der Erwägung der hohen Kammer ansheimstellen, ob der Schlußsaß unter Nro. 3 nicht etwas zu bestimmt gefaßt ist, und ob das darin von der Regierung Gesorderte nicht doch die Kraft der Regierung übersteigt.

Es foll die Bayerische Regierung feststellen, unter welchen Normen bas beutsche Berfassungswerk zu Stande kommen soll.

Meine Herren! Das wird die Bayerische Regierung nicht feststellen können, wenn sie nicht sich, was ihr aufrichtiger Wunsch und ihr aufzichtiges Streben ist, mit den übrigen deutschen Mittelstaaten vollkommen vereiniget.

Die zwei großen Faktoren, Defterreich und Preußen, können wir aus unserem Rechnungsansaße nicht weglassen, und wir werden daher ein Feststellen dieser Normen vielleicht versuchen und anstreben, aber nicht aus eigener Kraft erreichen.

Ich glaube zwar, daß der geehrte Herr Antragsteller dasselbe gesmeint hat; ich glaube aber, erlauben Sie mir darauf ausmerksam zu machen, daß diese Kassung nicht ganz paßt. Was nun den ersten Theil dieses Antrages anlangt, so kann ich allerdings nicht bergen, daß er mir die Bestimmtheit der Aeußerung nicht darbietet, welche ich in einer so hochwichtigen Sache beanspruchen zu können glaube, und was nach der Rede des Herrn Viezepräsidenten selbst die Absicht war. Wenn wirklich die Antragsteller das Verhalten der Regierung billigen wollen, so muß ich Sie ersuchen, dieses bestimmt und deutlich auszusprechen. Die Fassung hier giebt dieses nach meiner innigsten Ueberzeugung nicht, und sie wird den Leser in Zweisel lassen, in wie weit man den Intentionen der Rezgierung traut oder nicht, in wie weit sie recht gehabt habe, so zu handeln oder nicht. Denn es ist nicht nur dem Worte "in so serne" eine Klausulirung gegeben, sondern auch mit dem Ausbrucke, "wie es erklärt". Es klingt dieß wie ein Zweisel, ob das wirklich die Absicht der Regiezung ist, was sie erklärt hat.

Es ist dann am Schlusse gesagt, die Regierung mag genügenden Grund haben sinden können. Das schließt nicht aus, daß sie eben so genügende Gründe für etwas Anderes hätte sinden können. Sie könnte auch Gründe sinden, die Franksurter Verfassung anzuerkennen; sich dem Dreikönigsbündnisse anzuschließen. Ich wiederhole, der Herr Viceprässent hat die Zweideutigkeit beseitigt. Aber das Entscheidende ist nicht die Rede eines Einzigen von denen, die jenen Antrag gestellt, das Entsscheidende ist der Beschung dieses Bes

schlusses. Ich hange mich sonst nicht an Worte, aber wir stehen an einer Lebensfrage.

Sestatten Sie mir nochmals zu wiederholen: die Männer, welche jett die Ehre haben, die Bayerische Berwaltung zu bilden, haben seit 6 Monaten einen schweren Kampf gekämpt, ich glaube, man kann sagen, schwerer als seit langer Zeit eine Bayerische Regierung. Sie haben nicht gewankt in diesem Kampse, weil sie auf ihrer Ueberzeugung standen, und weil sie die Hossnung in sich trugen, die Vertreter des Bayerischen Bolkes würden ihr Berhalten billigen, ein Berhalten, nicht blos nach äußerer Erscheinung, sondern auch in den Motiven, welche offen und ohne Rüchhalt aus freier Ueberzeugung Ihnen dargelegt sind.

Wir glauben beshalb, ober vielmehr ich glaube, denn die Sache geht zunächst mich an — ich glaube deshalb, auch ein Recht darauf zu haben, daß das Urtheil der Kammer, wenn sie ein solches ausspricht, klar und deutlich gefast sei, und weber mich noch semanden in Zweisel lasse.

Urtheilen Sie, wie Sie wollen, meine Aufgabe ist in gewissem Sinne gelöst. Als ich berusen wurde, die beutsche Frage in Bapern in die Hand zu nehmen, drohte der Rif zwischen Deutschland und Desterreich. Jene Gefahr ist beseitigt und ich kann sagen, ich habe einiges dazu beisgetragen.

Db die Gefahr wiederkehrt, ob sie fünstig vermieden werden wird, das ist nicht mehr Sache der Bayerischen Regierung allein, während es in diesem Sommer Sache der Bayerischen Regierung war, dieser Gefahr entgegenzutreten. Ich habe diese Aufgabe, die mir die Vorsehung gesett, meiner Ueberzeugung nach gelöst, und sehe vollkommen ruhig Ihrem Urstheile entgegen.

Ich glaube als beutscher Mann gehandelt zu haben.

Ich bitte die Mitglieder der hohen Kammer, auch jest als deutsche Männer offen und flar zu handeln.

fourth glouds. I find in Kissen Julophyseine skrige S es elie ben naturasial in Ascominate besundernounch and are In up hall no estand conso and der Ini nad den Reinstein, unde denich sie gengelenen ind acciden us eren. In his den die klicher des In Arment in die arbiandere von auf diese Reinstein werden der dernammen au tilligen and eden denhald gland in, in es eine die Reinsteinstein die neiner ereit Sone senden harren werd eine die kantelle Reinfaurg mitgebliedt ind inet ed lann ung dem Jon karften ichte ane songreiche Bliedt ind Reinsteinstein nammere nichte eindernen tein, und ich

Still uns meines Wantelns nur von iener Seite auch inverhen nehrt; deur, werne mier nicht Liles täufet, so sind die Erungsgeragien, von welchet nich in der deurfden Berfohmgefrone ausgaben, zu verscheben, als das das die das der nicht aus, der Keinlichen kilomikenterken connen. Das ablieben aber nicht aus, das den geneten Wahrendern von und in glener Weiter erfangt und in glener verkan, Solder einzelne Gedaufen übern in eren in

delices. In bange and tends medit on alberts, above not believe an

and the Other Labert for Bonerick's Leringhouse an before, bottom out to

Die Rebe am Ende der Debatte von Hrn. Staatsminister v. d. Pfordten war nun folgende:

Meine herren! es ift vom Anfange an nicht meine Abficht gewesen, Sie heute noch mit einer langen Schlufrede ju ermuben; hatte ich aber auch die Absicht gehabt, ich wurde jest darauf verzichten. Rur die Wichtigkeit des Gegenstandes macht es mir zur Pflicht, der Ehre des Schluswortes nicht zu entsagen, und ich will dasselbe nur lediglich dazu benüten, ber ernften Unforderung, welche Diefer Gegenftand an bie Dr= gane der Regierung meines Erachtens richtet, ber Anforderung, ber entschiedenen Offenheit und Aufrichtigkeit noch in einigen Beziehungen zu entsprechen. Die gestrige Debatte hat ben Organen ber Regierung feine neue Beranlaffung gegeben, ihren Standpuntt zu vertheibigen, benn es ware undankbar, nicht anerkennen zu wollen, bag alle Fraktionen biefes Saufes ihr Urtheil über die Regierung, wenn auch migbilligend, doch in einer Weise migbilligend ausgesprochen haben, daß dagegen, weil hier eben Ueberzeugung gegen Ueberzeugung steht, eine Bertheidigung nicht nothwendig ist. Nur in einem Punkte scheint mir hier eine kleine Er-örterung noch nothwendig. Es ist gestern von dem Herre Fürsten v. Wallerstein ein Zusabantrag eingebracht worden mit dem Bemerken, daß die Mitglieder des Saufes, Die feine Ueberzeugung theilen, Diefen Bufat ju jedem der übrigen Antrage anfügen ju fonnen glauben, und daß sie darin eine Zustimmung zu der handlungsweise der Regierung gleichsam ausdrücken können. Rechnen Sie mir es nicht für eine Ans maßung an, wenn ich diese Art der Zustimmung nicht annehmen zu können glaube. Es sind in diesem Zusagantrage einige Sate aus den ministeriellen Aftenstücken herausgenommen und aus ihrem Zusammenhange, aus der Beit und den Berhaltniffen, unter benen fie geschrieben find, geriffen worden. Es kann die Absicht bes Hrn. Fürsten selbst nicht gewesen sein, auf diese Weise den Standpunkt ber Regierung zu billigen, und eben befhalb glaube ich, ift es für die Wahrhaftigfeit, Die unfere große Sache fordert, beffer, wenn eine folde partielle Billigung unterbleibt. 3ch fage, es fann von bem Grn. Fürften felbft eine eigentliche Billigung des Regierungsstandpunktes nicht beabsichtigt sein, und ich wurde in gewiffer Beziehung angstlich werden, wenn eine vollständige Billigung meines Handelns mir von jener Seite ausgesprochen wird; benn, wenn mich nicht Alles taufcht, so find die Grundgebanken, von welchen wir in ber beutschen Berfaffungsfrage ausgehen, zu verschieben, als daß wir in ben Resultaten zusammentreffen konnten. Das schließt aber nicht aus, bag einzelne Wahrheiten von und in gleicher Beife erfannt und ausgesprochen werben. Solche einzelne Bedanfen liegen in

jenen von mir bezeichneten Bufagen; aber ber Kern unferes politischen Standpunftes, Strebens und Wirfens ift — bas fagt mir mein Be-wußtsein — ein durch und durch verschiedener, und darum glaube ich, es entspreche bem Ernfte und ber Bebeutung ber Abstimmung, ber wir jest entgegengehen, beffer, wenn von einer nur theilweisen Zustimmung in einzelnen Sagen Umgang genommen wird. Schlagend tritt mir bas entgegen in einem Diefer Bufage. Es ift von bem Brn. Fürsten hervorgehoben, daß die Regierung Defterreich gegenüber im Juni v. 38. gefagt habe, sie werbe außersten Falles auch ohne Desterreich sich an
dem Reichstage betheiligen, und gerade dieser Sas wird hier zur Bustimmung hervorgehoben. Gestatten Sie mir auszuführen, wie jener Sat gemeint war und gemeint ift. Es handelte sich bamals barum, mit ber preußischen Regierung über bie Abanberung ber Aufftellung vom 26. Dai ju verhandeln und bie Baperifche Regierung nahrte bamals noch bie hoffnung, daß diefe Berhandlungen ju einem erfreulichen Biele fuhren könnten. In Rucksicht hierauf glaubte die Baperische Regierung bei der damaligen Lage Desterreichs und Deutschlands auf eine solche Grundlage hin an dem Reichstage Antheil nehmen zu muffen, und um biefen Beschluß zu Stande zu bringen, solche Bestimmungen zu treffen, die den spateren Beitritt Desterreichs offen hielten. Die Bayerische Regierung hat niemals erflatt, einen Reichstag beschis-den zu wollen, ehe die berufenden Regierungen einig find über die Borlagen, Die fie bem Reichstage über Die Berfaffung machen wollen. Das lag in jener Erflarung nicht und ift niemals bie Unficht ber Bayerifchen Regierung gewesen; fie theilt hierin alle die Bebenten, welche von den geehrten Rednern ausgesprochen worden find; fie ift übers zeugt, daß ein folcher Reichstag, bem die berufenden Regierungen nicht mit einem gemeinschaftlichen Berfaffungsentwurfe - wenn auch nur in ben Grundzugen - entgegentreten, nur eine refultatlofe Wiederhos lung des schon da gewesenen sein wurde. Ich glaubte, wie gesagt, der Wichtigkeit des Gegenstandes schuldig zu sein, daß ich bestimmt erkläre, die Regierung wünscht keine solche Zustimmung, die doch nur in einzelnen Sähen bestünde und hervorginge aus von ihr gänzlich abweichenden Grundprinzipien. Was und in biefer Angelegenheit vor Allem Roth thut, ich wiederhole es, ift Wahrhaftigfeit; es spreche jeder aus innerstem herzen, und stimme nach diesem; bas Resultat wird, es mag sein, welches es wolle, Bapern und Deutschland mehr zum Wohle gereichen, als eine entgegengesette Abstimmung. Damit fonnte ich schließen. Gestatten Sie mir aber nur noch eine allgemeine Betrachtung. Es ift, wenn ber Einbrud, welchen bie Debatte auf mich gemacht hat, richtig ift, eine bestimmte Majoritat bes Saufes über bas, was dem= nachft geschehen foll, nicht ju Stande gefommen; es wird fich burch bie Abstimmung baher mehr bie Ueberzeugung barüber aussprechen, ob bie Grundgebanken richtig find, von welchen bie Baperische Regierung bei ber Behandlung biefer Ungelegenheit bisher ausging, und es wird bann Sache ber funftigen Leitung Diefer Berhaltniffe fein, Die von ber Majoritat bes Saufes gebilligten Grundgedanken fich als Richtschnur ihres Sandelns zu vergegenwartigen. Man hat mit Rudficht auf Diefe Berschiedenheit ber Meinungen und mit Rudficht auf die Ungewißheit,

bie unverfennbar noch besteht, ob bas beutsche Berfaffungewerf balb jum bleibenden Abschluß gelangen werbe, ein Trugbito gezeigt und verschiedene Redner verschiedener Barteien haben Webe gerufen über Deutschland und Webe über bie Monarchien, wenn es nicht rafch ge= linge, die Zweifel zu lofen und die Ungewißheit zu beseitigen, die noch besteht. Hierüber ift meines Erachtens die Pflicht einer jeden Regies rung in anderer Beise zu benfen. Die Monarchie ift eine politische Institution, Die eben so große Pflichten als Rechte in sich trägt, und bei jedem Schritte, ben ihre Vertreter und Organe thun, haben fie wohl im Auge zu behalten, ob ein folder Schritt die Grundvesten der Mo-narchie angreife ober nicht. Wo fie bas Erste mahinehmen, ba ift es ihre Pflicht, einen folchen Schritt nicht zu thun, und fich burch feiner-lei Furcht wegen bes Erfolges anders bestimmen zu laffen. Wenn basjenige, was gur Rettung ber Monarchie gerathen wird, eben felbft schon ihre Vernichtung ift, so wird fein Organ der Monarchie es thun fonnen, ohne feine Pflicht zu verleten; man wurde fonft von ihm und der Monarchie fagen muffen: aus Furcht zu fterben, ift fie schon geftorben. In einem folden Falle gibt es benn einen Kampf fur bas anerkannte Gute, unbekummert um ben Ausgang. In Dieser Beise hat die Baber. Regierung ber Frankfurter Verfassung ihre Zustimmung versagt, weil sie in ihr bas Todesurtheil ber monarchischen Verfassung wenigstens möglicher Beise zu erkennen glaubte, je nachdem von ben zwei sich durchaus widerstreitenden Elemenien, aus deren unnatürlicher Ehe diese Berfassung hervorgegangen war, das eine oder das andere das Uebergewicht erlangen wurde. Aus Diefem Grunde hat die Bayer. Regierung der Verfaffungsaufstellung vom 26. Mai ihre Zustimmung verfagt, weil in ihr das Grab der Monarchie, zwar nicht für ganz Deutschland, wohl aber bas Grab der Baperischen Monarchie gefunden wurde, und weil sie fich für verpflichtet hält, die Baver. Monarchie eben so fest zu halten, wie bas Pringip ber Monarchie überhaupt. Auf Diesem Grundgedanken ftebend, wird die Regierung jede Krifis behandeln, die noch fommen kann, fie wird namlich, um die Monarchie zu retten, nie zu etwas zustimmen, was ihre Bernichtung, wenn auch nur im Keime enthält. Fassen Sie es aber nicht so, als glaubte ich, ber Kampf, von welchem ich hier rede, wurde einen unglücklichen Ausgang haben. Nein, meine Herren, meine Neberzeugung ist vielmehr daß die Zufunft dem monarchischen Prinzipe gehört, wenn auch Stürme von größerer und langerer Dauer ihre Noths-wendigkeit auf die Probe sehen sollten. Ich verkenne nicht die Bersnunftmäßigkeit und die unter den gegebenen Berhältniffen unbestreitbare Zweckmäßigkeit anderer Berfassungen, aber ich bin durch und durch überzeugt, daß in dem Kulturzustande eines Bolkes, wie das Unsrige, die monarchische Berfassung die einzige ift, die eine Dauer in fich trägt und alle Gefahren und Anfechtungen überwindet. Ich bin auch überzeugt, daß im eigentlichen Volke bas monarchische Bewußtsein und Gefühl der Nothwendigkeit dieser Institution nicht bloß für Ruhe und Ordnung, sondern auch für seine mahre Freiheit zu tief gewurzelt ist, als daß Sturme irgend einer Art es auf die Dauer vernichten könnten. Man muß nur das eigentliche Leben des Bolks, das Sein und Glauben deffelben unters scheiden von dem, was eine erregte Zeit und die in ihr an die Obers

> Univ. Bibl. München

fläche getriebenen Wortführer basur ausgeben ober boch im guten Glauben dafür halten. Nicht also mit der Furcht des Unterliegens, sondern mit der Gewischeit des Sieges stehe ich auf dem Posten, wo ich berufen din, das monarchische Prinzip zu vertheidigen und ich wiederhole es, ich halte es sür meine Pflicht und für die Pflicht eines jeden Organs der monarchischen Versassung, durch Furcht vor fünstigem Untergang sich nicht verleiten zu lassen zur Unterzeichnung von Altenstücken, die den Untergang der Monarchie in sich tragen. — Jest wüßte ich keinen allsgemeinen Gedanken mehr, den ich in dieser Debatte auszusprechen hätte, und ich schließe daher nur mit der Wiederholung der schon neulich ansgedeuteten Bitte : es mögen die Mitglieder dieser hohen Kammer einen bestimmten und klaren Ausspruch thun. Viele wichtigen Abstimmungen haben in diesem Saale stattgefunden, viele wichtige werden ihnen folgen; aber eine der wichtigsten wird die heutige undestreitbar sein. Der Griffelszug, den Sie, meine Herren, zu thun im Begriffe sind, gehört nicht bloß der bayerischen, sondern auch der deutschen Geschichte — ja in gewisser. Beriedung der europäischen an.